

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 190 (2024)

Heft: 6

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

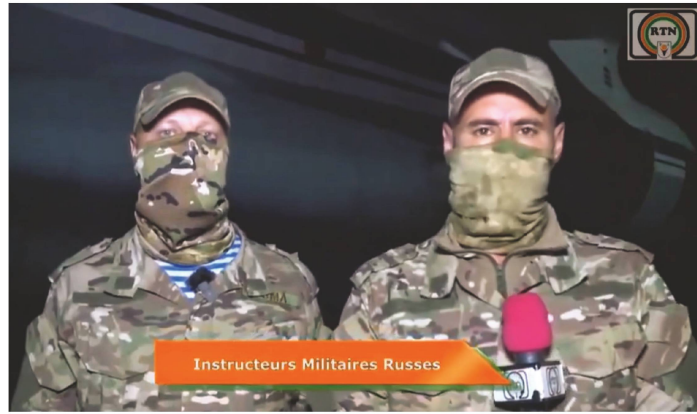
Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

NIGER

Russische Militärberater und Luftabwehrsysteme im Land

In einer bedeutenden Entwicklung der russisch-nigrischen Beziehungen sind am 10. April 2024 mehrere Dutzend russische Militärberater in der Hauptstadt Niamey eingetroffen. Begleitet wurden sie von Luftabwehrsystemen, darunter das hochmoderne S-400, sowie einer nicht näher bezifferten Anzahl von Bodentruppen zum Schutz der Ausrüstung und des Personals. Insgesamt etwa 100 Personen. Die Ankunft der russischen Kräfte folgt auf ein im Februar unterzeichnetes Militärabkommen zwischen Moskau und Niamey, das eine verstärkte Sicherheitskooperation vorsieht. Niger, ein wichtiger Partner des Westens im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus in der Sahelzone, hatte sich zuletzt zunehmend Russland zugewandt, nachdem die ehemalige Kolonialmacht Frankreich, auch auf Anraten der Junta in Niamey, ihre Militärpräsenz in der Region reduziert hatte. Laut Angaben des nigrischen Verteidigungsminis-



Instructeurs Militaires Russes

teriums werden die russischen Militärberater die Streitkräfte des Landes in der Bedienung und Wartung der gelieferten Waffensysteme schulen. Zudem sollen sie bei der Planung und Durchführung von Anti-Terror-Operationen unterstützen. Beobachter sehen in der Entsendung der Russen einen weiteren Schritt Moskaus, seinen Einfluss in Afrika auszubauen und die Vormachtstellung westlicher Staaten zu untergraben. Niger ist ein wichtiger Uranlieferant für die EU, vor allem für Frankreich. Bis 2023 stammten etwa ein Viertel der EU-Uranimporte aus dem Land. Moskau versuchte deshalb schon länger, in Afrika Fuss zu fassen, um damit auch die eigene Vormachtstellung im Uransektor zu festigen. Das Beispiel Niger kann man deshalb als herben Schlag für Frankreichs Atomkraftver-

sorgung bezeichnen, die stark von nigrischem Uran abhängt. Die Reaktionen auf die russische Präsenz fallen insgesamt gemischt aus. Während die nigrische Regierung die Zusammenarbeit als Stärkung der eigenen Sicherheit und Souveränität begrüsst, zeigen sich westliche Diplomaten besorgt. Sie befürchten, dass Russland die Instabilität in der Sahelzone für eigene geopolitische Zwecke ausnutzen könnte. Auch warnen sie vor möglichen Menschenrechtsverletzungen durch russische Kräfte, wie sie in anderen afrikanischen Ländern bereits dokumentiert wurden. Moskau weist diese Vorwürfe zurück und betont den rein defensiven Charakter seines Engagements. Man respektiere die Souveränität Nigers und unterstütze das Land lediglich beim Schutz seiner Bürger und seiner ter-

«Hier um zu helfen», meint ein russischer Soldat in fließendem Französisch.

Bild: Office de Radiodiffusion et Télévision du Niger

ritorialen Integrität. Zugleich wirft Russland dem Westen vor, durch seine Interventionen zur Destabilisierung der Region beigetragen zu haben und nun die wachsenden russisch-afrikanischen Beziehungen zu torpedieren. Ungeachtet der Kontroverse dürfte die russische Militärpräsenz in Niger vorerst Bestand haben. Der Putschistenführer von 2023, General Abdourahamane Tianihat, hat deutlich gemacht, dass er die Partnerschaft mit Moskau als Ergänzung, nicht als Ersatz für die Zusammenarbeit mit westlichen Staaten sieht. Die jüngsten Entwicklungen zeigen, dass russische Truppen unterdessen auf einem Militärstützpunkt in Niger eingetroffen sind, auf dem auch amerikanische Soldaten stationiert sind. Die USA, die seit 2013 Soldaten in Niger stationiert hat, beginnen nun, ihre Truppen abzuziehen. Entscheidend wird sein, ob es gelingt, die verschiedenen Interessen auszubalancieren und die Sicherheitslage in der Sahelzone nachhaltig zu verbessern. Andernfalls droht die Region weiter im Strudel von Terrorismus, organisierter Kriminalität und geopolitischer Rivalität zu versinken. *pk*

NATO

Lagebericht des Befehlshabenden

Laut dem US-Kommandeur in Europa (SACEUR), General Christopher Cavoli, ist Russland nach wie vor eine «chronische Bedrohung» für die Welt. Trotz der massiven Verluste, die Russland bisher im Ukraine-Krieg erlitten hat, ist seine Armee sogar um 15 Prozent grösser, als sie es zum Zeitpunkt des Angriffs war. Dies

liegt vor allem daran, dass Russland seine Mobilisierungsbemühungen verstärkt und neue Rekruten ausbildet. Die Ukraine hat zwar beachtliche Fortschritte gemacht und konnte grosse Gebiete zurückerobern, doch der Krieg ist noch lange nicht vorbei. Eine der grössten Herausforderungen ist die Ausbildung ukrainischer Piloten auf modernen Kampffjets wie den F-16. Hier gibt es Schwierigkeiten, da die Piloten zunächst die englische Sprache erlernen müssen, bevor sie mit dem Training beginnen können. Trotz dieser

Hürden zeigt sich die Ukraine entschlossen, den Kampf fortzusetzen. Präsident Wolodimir Selenski hat kürzlich erklärt, dass sein Land bereit sei, den Krieg bis zum Ende durchzustehen, um die territoriale Integrität der Ukraine wiederherzustellen. Auch die USA haben ihre Unterstützung für die Ukraine bekräftigt und weitere Militärhilfe in Aussicht gestellt. Insgesamt zeigt sich, dass der Krieg in der Ukraine nach wie vor eine grosse Herausforderung für alle Beteiligten darstellt. «Sowohl die Ukraine als auch ihre Verbündeten

müssen weiterhin entschlossen und ausdauernd sein, um diesen Konflikt zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen» schloss der SACEUR. *pk*



Spricht Klartext: Saceur General Christopher Cavoli.

Bild: Office of the Secretary of Defense Public Affairs

GEORGIEN

Pulverfass am Kaukasus

Seit Mitte April kommt es in Georgien zu anhaltenden Protesten gegen ein umstrittenes Gesetz über «ausländische Einflussnahme». Das von der Regierungspartei «Georgischer Traum» eingebrachte Gesetz sieht vor, dass Medien und Nichtregierungsorganisationen sich als «ausländische Agenten» registrieren lassen müssen, wenn sie mehr als 20 Prozent ihrer Finanzierung aus dem Ausland erhalten. Kritiker sehen darin eine Anlehnung an ein russisches Gesetz aus dem Jahr 2012, das zur Unterdrückung regierungskritischer Gruppen und Medien genutzt wird. Die Proteste, die vor allem von pro-europäischen Jugendlichen angeführt werden, erreichten am

1. Mai einen neuen Höhepunkt, als das Parlament in zweiter Lesung mit 83 zu 23 Stimmen für das Gesetz stimmte. Tausende Menschen versammelten sich vor dem Parlamentsgebäude in Tiflis und schwenkten georgische und EU-Flaggen. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, die Wasserwerfer, Tränengas und Blendgranaten einsetzte. 63 Demonstranten wurden festgenommen, viele weitere verletzt. Im Parlament selbst spielten sich tumultartige

Szenen ab. Präsidentin Salome Surabischwili legte unterdessen ihr Veto gegen das Gesetz ein. Die Regierungspartei verfügt im Parlament jedoch über die nötige Mehrheit, um dies zu überstimmen. Beobachter befürchten, dass das Gesetz die Bemühungen Georgiens um eine EU-Mitgliedschaft gefährden könnte. Die EU hat die Entwicklungen in Georgien mit Sorge zur Kenntnis genommen. «Das georgische Volk sehnt sich nach einer europäischen Zu-

kunft für sein Land», so die offizielle Wortmeldung. «Georgien steht an einem Scheideweg. Es sollte auf dem Weg nach Europa standhaft bleiben.» Auch die USA äusserten sich besorgt. Das Gesetz ähnele «beunruhigend» dem russischen Vorbild und sei nicht vereinbar mit dem erklärten Ziel Georgiens, der EU beizutreten, hiess es aus dem Aussenministerium. Die Regierung unter «Georgischer Traum», die seit 2012 an der Macht ist, beharrt darauf, mit dem Gesetz lediglich für mehr Transparenz bei der Finanzierung aus dem Ausland sorgen zu wollen. Kritiker halten dies jedoch für vorgeschoben. Sie sehen in dem Gesetz den Versuch, die ehemals sowjetische Republik Georgien wieder stärker an Moskau zu binden. Die Proteste halten unterdessen an. Die Opposition hat zudem eine Klage beim Verfassungsgericht eingereicht. *pk*



◀ Volksaufstand in Tiflis. Bild: X/Twitter

ISRAEL

Patriot-System wird ausser Dienst gestellt

Nach über 30 Jahren im Dienst der israelischen Luftverteidigung werden die Patriot-Raketenabwehrsysteme in den kommenden Monaten ausser Dienst gestellt. Die israelischen Streitkräfte (IDF) gaben Ende April bekannt, dass die alternierenden amerikanischen Systeme durch fortschrittlichere einheimische Luftverteidigungssysteme wie Iron Dome, Arrow und David's Sling ersetzt werden. Die Patriot-Systeme, die in der israelischen Luftwaffe als «Yahalom» (Hebräisch für «Diamant») bekannt sind, wurden erstmals während des Golfkriegs 1991 eingesetzt, um der Bedrohung durch irakische Scud-Raketen zu begegnen. Obwohl die Patriot-Batterien of-

fiziell im selben Jahr in den israelischen Dienst aufgenommen wurden, gelang ihnen erst 2014 der erste erfolgreiche Abschuss einer Drohne aus dem Gazastreifen. In den letzten Jahren hat Israel erhebliche Fortschritte beim Ausbau seiner Luftverteidigungssysteme und Offensivfähigkeiten gemacht. Das mehrstufige integrierte Luftverteidigungssystem umfasst Iron Dome für Bedrohungen kurzer Reichweite, David's Sling für Bedrohungen mittlerer Reichweite und Arrow für Bedrohungen ausserhalb der Atmosphäre. Darüber hinaus soll im Jahr 2025 ein Laser-Luftverteidigungssystem eingesetzt werden. Die Entscheidung, die Patriot-Systeme ausser Dienst zu stellen, fällt nur wenige Tage, nachdem die israelischen Systeme und Flugzeuge mit Unterstützung des amerikanischen, französischen, britischen und jordanischen Militärs eine iranische Breitseite von Drohnen und

Raketen abwehren konnten. Dies unterstreicht die Fähigkeiten der einheimischen israelischen Luftverteidigung. Während Israel die Patriot-Systeme ausrangiert, ist die Nachfrage nach ihnen in anderen Teilen der Welt nach wie vor hoch. Insbesondere die Ukraine hat grosses Interesse an der Beschaffung von Patriot bekundet, um sich gegen die anhaltende russische Aggression zu verteidigen. Experten argumentieren deshalb, dass Israel gut daran täte, seine ausgemusterten Patriot-Batterien an die

Ukraine zu übergeben, anstatt sie einzumotten. Mit der Ausserdienststellung geht eine Ära der israelischen Luftverteidigung zu Ende. Gleichzeitig markiert dieser Schritt den Beginn eines neuen Kapitels, in dem hochmoderne einheimische Systeme die Hauptlast der Verteidigung des israelischen Luftraums tragen werden. Es bleibt abzuwarten, wie sich diese Systeme in zukünftigen Konflikten bewähren werden, aber die jüngsten Erfolge bei der Abwehr iranischer Angriffe stimmen zuversichtlich. *pk*



Ein israelischer Patriot-Werfer. Bild: IDF

DEUTSCHLAND

Bundeswehr erhält zentrales Führungskommando

Verteidigungsminister Boris Pistorius hat am 4. April 2024 eine umfassende Strukturreform der Bundeswehr vorgestellt, die auf den Vorschlägen der Projektgruppe «Bundeswehr» unter Aufsicht des Generalinspektors basiert. Die Reform zielt darauf ab, die Streitkräfte an die veränderte Bedrohungslage durch Russlands Angriff auf die Ukraine anzupassen und die Kriegstüchtigkeit sowie Einsatzfähigkeit der Bundeswehr zu verbessern. Ein zentraler Punkt der Reform ist die Neuaufstellung des Operativen Führungskommandos der Bundeswehr, das durch die Zusammenlegung des Territorialen Führungskommandos in Berlin und des Einsatzführungskommandos in Potsdam entsteht. Das neue Kommando soll als einzige Operationszentrale für alle Bundeswehraktivitäten dienen und ein gemeinsames Lagebild zur Führung und Entscheidungsfindung bereitstellen. Es wird auch die zentrale Ansprechstelle für operative Belange für Verbündete, multinationale Organisationen und deutsche Behörden sein. Die Fusion der beiden bisherigen Kommandos soll bis Herbst 2024 abgeschlossen sein. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Gründung eines Unterstützungsbereichs, der knappe Schlüsselfähigkeiten bündelt und flexibel einsetzt. Unter der Leitung eines neuen Unterstützungskommandos werden die bisher eigenständigen Organisationsbereiche Streitkräftebasis und Zentraler Sanitätsdienst zusammengeführt. Hier werden unter anderem die Gesundheitsversorgung, Logistik, Feldjägerwesen und zivil-mili-



Verteidigungsminister Boris Pistorius reformiert die Bundeswehr. Quelle: Bundesministerium der Verteidigung

tärische Kooperation verortet. Durch die Bündelung dieser operationsentscheidenden Fähigkeiten sollen die Streitkräfte entlastet und auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentriert werden. Die Reform sieht auch eine engere Zusammenarbeit zwischen Streitkräften und Wehrverwaltung vor, insbesondere in den Bereichen Personal, Material und Infrastruktur. Die gesamte Bundeswehr muss sich auf den Bündnis- und Verteidigungsfall ausrichten, was bedeutet, dass auch die Wehrverwaltung Vorsorge für die Gesamtverteidigung treffen muss. Die neuen verteidigungspolitischen Richtlinien legen die Rollen und Aufgaben der Akteure in der Operationsführung fest, reduzieren Schnittstellen und beschleunigen Entscheidungswege. Ein Abbau von Kopf- und Kommandolastigkeit soll die unteren taktischen Ebenen stärken. Das Leitprinzip der Kriegstüchtigkeit steht im Mittelpunkt der Feinplanung. Generalinspekteur Carsten Breuer betont die Notwendigkeit, stark eingeschränkte Ressourcen wie Feldjäger, ABC-Abwehrtruppe, Logistik und Sanität in allen Teilstreitkräften verfügbar zu machen, um die Kampfkraft zu gewährleisten. Die Verantwortung dafür soll beim Generalinspekteur liegen und nicht bei einer einzelnen Teilstreitkraft. Verteidigungsminister Boris Pistorius hat den Erlass zur

vollständigen Strukturreform Ende April im Osnabrücker Rathaus unterzeichnet. Dieser «Osnabrücker Erlass», der als Kernstück der geplanten Bundeswehr-Reform gilt, trat am

1. Mai in Kraft und löste den vorherigen «Dresdner Erlass» aus dem Jahr 2012 ab. Die Umsetzung der Reform wird in den kommenden Monaten und Jahren erfolgen. *plb*

ANZEIGE



DIGIPACK KAPPELER

Die richtige Verpackungslösung ist das eine, die passende Dienstleistung das andere.



Speisegerät 19

Material konfektioniert durch unsere Partnerfirma GEWA in Schönbühl.

Wir sorgen dafür, dass beides Ihren Bedürfnissen und Anforderungen entspricht. Aus diesem Grund ist unser Service genau so vielfältig wie unsere Verpackung.

Kappeler Verpackungs-Systeme AG
CH-3322 Urtenen-Schönbühl
Tel: +41 32 387 07 97

WWW.ARMYCASE.CH
armycase@kappeler.ch

TAIWAN

Spannungen mit China nehmen weiter zu

Die Beziehungen zwischen China und Taiwan bleiben äusserst angespannt. Seit der Wahl des China-kritischen Präsidenten Lai Ching-te in Taiwan im Januar 2024 hat Peking den militärischen und politischen Druck auf die Inselrepublik nochmals erhöht. Bereits im April, kurz nach einem Besuch einer hochrangigen US-Delegation in Taiwan, entsandte China Dutzende Kampffjets in die Taiwanstrasse. Taiwans Ver-

teidigungsministerium meldete 22 chinesische Militärflugzeuge, von denen 12 die Mittellinie in der Meerenge überquerten. Taipeh verurteilte die Manöver als Provokation. Anfang Mai, unmittelbar nach Lais Amtseinführung, startete China erneut grossangelegte Militärübungen rund um Taiwan. Laut Chinas Militärbehörde sollten diese eine «ernste Warnung an Taiwans Separatisten» senden. Taiwan versetzte seine Streitkräfte in erhöhte Alarmbereitschaft. Derweil sicherten die USA Taiwan weiterhin Unterstützung zu. Eine parteiübergreifende Delegation des US-Kongresses besuchte Ende April die Insel und bekräftigte das Bekennt-

nis Washingtons, Taiwans Verteidigungsfähigkeit zu stärken. Der Kongress bewilligte zudem 300 Millionen Dollar an Militärhilfen für Taiwan. Neben den Militärmanövern setzt China auch auf Desinformationskampagnen, um die öffentliche Meinung in Taiwan und den USA zu beeinflussen. Dabei nutzt Peking vermehrt KI-gestützte Methoden, unter anderem auch «Deep Fake»-Videos, um die Meinungen in der westlichen Welt, vor allem aber in den USA, zu beeinflussen. Taiwan versucht, dem mit eigenen KI-Tools zur Aufdeckung von Falschinformationen entgegenzuwirken. Selbst eine humanitäre Krise konnte die Spannungen

nicht überbrücken: Nach einem schweren Erdbeben in Taiwan im April bot China Hilfe an, knüpfte diese aber an politische Bedingungen. Die Regierung in Taipeh lehnte dies als «unangemessen» ab und betonte, ausreichend eigene Ressourcen zu haben. So kann man leicht erahnen, dass sich der Taiwan-Konflikt zu einer der gefährlichsten Krisen weltweit entwickelt. Zwar beteuern sowohl Peking als auch Washington, an einer friedlichen Lösung interessiert zu sein. Doch die zunehmenden Provokationen auf beiden Seiten bergen die Gefahr einer unbeabsichtigten militärischen Eskalation. *pk*

SÜDCHINESISCHES MEER

Spannungen wegen gestrandetem Landungsschiff

Das südchinesische Meer, eine Region reich an maritimen Ressourcen und potenziellen Energiereserven, ist seit Langem ein Brennpunkt für Spannungen zwischen Ländern wie China, den Philippinen, Malaysia, Vietnam und Brunei. Inmitten der verschiedenen Streitigkeiten hat sich die Pattsituation um die BRP Sierra Madre, ein altes Schiff aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs, als bedeutender Konfliktherd herauskristallisiert. Die «Sierra Madre», ein 30 Meter langes Schiff, das in den USA gebaut und dort als Landungsschiff in Dienst gestellt worden ist, ist seit 1999 auf der Second Thomas Shoal, einem versunkenen Riff im südchinesischen Meer, gestrandet. Die Philippinen – denen das Panzerlandungsschiff zuletzt gehörte – platzierten es absichtlich dort, um ihre territorialen Ansprüche auf die grössten-

teils unbewohnten Spratly-Inseln zu untermauern. In den letzten Jahren hat China seine maritimen Aktivitäten in dieser Region verstärkt und Küstenwache- und Marineschiffe eingesetzt, um seine Souveränität zu behaupten. Dieser Schlagabtausch unterstreicht nicht nur die strategische Bedeutung des Gebiets, sondern auch die geopolitischen Ambitionen der beteiligten Parteien. Jüngste Berichte, die sich auf Schiffsverfolgungsdaten und Videos stützen, zeigen, dass chinesische Schiffe wiederholt mit philippinischen Versorgungsschiffen zusammengestossen sind und Wasserwerfer und militärische Laser gegen sie eingesetzt haben. Obwohl China die «Sierra Madre» nicht blockiert und die Versorgung des dort stationierten Personals mit Lebensmitteln und Wasser zulässt, ging China proaktiv vor, um die Versorgung des philippinischen Schiffes mit Baumaterial zu unterbinden. Die Bedeutung der «Sierra Madre» geht über die territorialen Ansprüche der Philippinen hinaus. Das südchinesische Meer ist eine umstrittene Region, in der Länder seit Langem konkur-



Das *Pièce de résistance*, die BRP Sierra Madre. Bild: US Naval Institute

rierende Ansprüche auf Inseln und ihre umliegenden Gewässer erheben. Eine ausschliessliche Wirtschaftszone erstreckt sich 200 Seemeilen (370 km) über das Hoheitsgebiet einer Nation hinaus und gewährt einem Küstenstaat die Gerichtsbarkeit über lebende und nicht lebende Ressourcen innerhalb dieses Gebiets. Die USA, die die Philippinen als wichtigen strategischen Verbündeten betrachten, haben ihre Unterstützung für das Land zum Ausdruck gebracht und sich auf neue Richtlinien für einen Verteidigungsvertrag von 1951 geeinigt. Diese Richtlinien besagen nun, dass ein bewaffneter Angriff auf öffentliche Schiffe, Flugzeuge oder Streitkräfte einer der beiden Parteien, einschliesslich ihrer Küstenwa-

chen, im Pazifik, einschliesslich des südchinesischen Meeres, die gegenseitigen Verteidigungsverpflichtungen gemäss Artikel IV und V des Vertrags über gegenseitige Verteidigung zwischen den USA und den Philippinen von 1951 auslösen würde. Die anhaltenden Spannungen an der Second Thomas Shoal unterstreichen die Notwendigkeit eines facettenreichen Ansatzes zur Konfliktlösung. Dazu gehört die Anerkennung der legitimen Ansprüche und Interessen aller beteiligten Parteien, die Förderung von Dialog und Vertrauensbildung sowie die Entwicklung eines Rahmens für die gemeinsame Bewirtschaftung und Nutzung der Ressourcen. Eine nachhaltige Lösung scheint derzeit aber in weiter Ferne. *pk*